

TOP 1

Aktuelle Stunde

"KiBiz nicht tragfähig - Proteste ernst nehmen " i. V. m. Eilantrag "Landesregierung muss KiBiz endlich zurücknehmen und substantielle Änderungen vornehmen"

**Rede des
Abgeordneten der
SPD-Landtagsfraktion
Wolfgang Jörg**

anlässlich
der Plenarsitzung am 19. September 2007

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

wenn wir uns die letzten Monate,
aber vor allem die letzten beiden Wochen der inhaltlichen Auseinandersetzung um das KiBiz vor Augen führen,

dann stellen wir fest,

die von Hannelore Kraft gewählte Bezeichnung "kinder- und familienpolitischer Totalschaden" trifft absolut zu.

Kein einziger wichtiger Punkt einer modernen und kindgerechten Gesetzgebung wird im KiBiz erfüllt, kein einziger.

Es gibt keine individuellen Förderungen - ganz im Gegenteil, die Gruppen werden größer.

Es gibt keinen einzigen substanziellen Satz zur Bildung von Kindern, ganz im Gegenteil, die Bildungsvereinbarung ist ersatzlos gestrichen.

Es gibt keine Entlastung der Eltern, ganz im Gegenteil, die Beiträge werden steigen.

Es gibt keinen Ansatz, Erzieherinnen und Erzieher intensiver zu fördern und zu qualifizieren, ganz im Gegenteil, die Arbeitsverdichtung wird immer höher und die Gehälter drohen, immer kleiner zu werden.

Dieses Gesetz, meine Damen und Herren, ist nicht für die Zukunft der Kinder in unserem Land gemacht, es ist nicht für die Eltern gemacht, es ist auch nicht gemacht für die Träger, es ist gemacht für den Finanzminister und für sonst keinen.

Unter diesem Gesetz, das hat die Anhörung deutlich gezeigt, werden besonders die Kinder und Eltern in den Großstädten leiden.

Hier wird es zu erheblichen Verwerfungen kommen.

Die Trägerlandschaft wird sich verändern. Eltern, vor allem berufstätige, werden erheblich mehr zur Kasse gebeten, wenn sie die gleiche Versorgung ihres Kindes aufrechterhalten wollen, wie bisher.

Kurzum: Alle für die Kinder wichtigen Punkte kommen zu kurz oder sind gar nicht erst im KiBiz formuliert.

Um es mit den Worten einer Expertin aus der Anhörung zu sagen: Das Nötigste ist mit diesem Gesetz nicht machbar.

Ein kinder- und familienpolitischer Totalschaden.

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, merken jetzt auch immer mehr Bürgerinnen und Bürger.

Sie wollen das Gesetz nicht.

Schon am ersten Aktionstag gegen das KiBiz haben sich 200.000 Menschen beteiligt.

Obgleich der Minister noch während einer am gleichen Tag stattfindenden Ausschusssitzung erklärte "Ich habe Anrufe der Kirchenvertreter erhalten, sie werden sich nicht an den Demonstrationen beteiligen."

Abends, sehr geehrter Herr Minister war ich auf einer Podiumsdiskussion bei meinem Kollegen Hubertus Kramer. Als ich Ihre Erklärung zum Besten gab, brach Gelächter aus.

Alle Anwesenden hatten sich an den Protesten beteiligt. Überwiegend waren es kirchliche Einrichtungen. Auf meine Nachfrage gaben sie ausdrücklich an, dass dies selbstverständlich mit der Genehmigung der Kirchenfunktionäre geschehen sei.

Herr Minister zum wiederholten Male tragen sie Ergebnisse von Absprachen vor - Stichwort Konsens - die so offenbar nie gelaufen sind.

Aber nicht nur immer mehr Bürgerinnen und Bürger erkennen, dass dieses Gesetz gegen die Kinder und damit gegen die Zukunft unseres Landes gerichtet ist. Inzwischen wird ja auch die Zahl der kritischen CDU- und FDP-Mitglieder immer größer.

Häufig die, die in den Kommunen in Verantwortung stehen und wissen, welche Nachteile dieses Gesetz vor Ort auslöst.

Mein Liebling unter diesen Kritikern ist zweifelsfrei Herr Biesenbach. Das hat seine Geschichte.

Denn mit ihm saß ich vor einigen Wochen zusammen auf einem Podium in seinem Wahlkreis. Rund 200 Erzieherinnen, Erzieher und Eltern waren gekommen.

Es können auch 300 gewesen sein, Gero Karthaus weiß das vielleicht genau, es ist ja auch dein Wahlkreis.

Herr Biesenbach hat auf dieser Veranstaltung verbal derart die Hücke voll bekommen, dass er kein Bein auf den Boden bekam, wie wir in Westfalen sagen.

Als ich letzte Woche erfahren habe, dass sie, sehr geehrter Herr Biesenbach, fast alle meine substanziellen Kritikpunkte in einer eigenen Resolution in den Kreistag einbringen wollten, war ich derart erfreut, das können sie sich gar nicht vorstellen.

Biesenbach und ich. Gleiche Meinung. Tolle Nummer.

Doch dann kam eine Übung, die wir eigentlich in der Perfektion nur vom Meister Rüttgers selbst kennen: Die dreifache Rolle Rüttgers. Was für ein Bild.

Herr Biesenbach ist nicht mehr seiner Meinung. Und nach offenbar heftigster Intervention wurde der Antrag zurückgezogen.

Dass Jürgen Rüttgers moralisch derart elastisch ist, dass es ihm nicht schwer fällt, ein Buch gegen seine eigene Politik zu schreiben, wissen wir.

Aber dass Sie das jetzt nachvollziehen, Herr Biesenbach, ist schon bemerkenswert.

Einen Antrag gegen die eigene Politik.

Gerüchteweise hört man ja, dass Jürgen Rüttgers Anfang 2009 wieder ein Buch herausgeben will. Titel: Schluss mit der Politik gegen Kinder - für ein neues Kindergartengesetz in NRW.

Was treiben sie hier eigentlich? Apropos treiben:

Der absolute Hammer war dann der Mittwochabend.

Mein junger FDP-Kollege Christian Lindner griff zum Handy und schrieb eine sms an Frau Kastner.

Inhalt, so sinngemäß: Liebe Frau Kastner, aber ich glaube sie duzen sich, sei mir nicht böse, habe gerade euer KiBiz in Sack und Asche gehauen - kommt nicht mehr vor. Dein Bambi.

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wo leben wir denn.
Führen sie nicht solche Eiertänze auf dem Rücken unserer Kinder auf!

Es geht um die Zukunft von hunderttausenden von Kindern in unserem Lande. Es geht um unsere Zukunft.

Dieser Gesetzentwurf hat keine inhaltliche und auch keine politische Perspektive.

Ziehen sie ihn zurück!

Wir stellen fest: 1. Der Konsens ist durch Minister Laschet gebrochen.
2. Die Eltern und Hunderttausende mit ihnen wollen das Gesetz nicht.
3. Träger und Mitarbeiter wollen das Gesetz nicht.
4. Der Minister ist isoliert, er steht blank da!

Sehr geehrter Herr Minister, ich habe Ihnen im März an dieser Stelle gesagt, dass das KiBiz ein politischer Bumerang für die Koalition der Verschlechterung wird, der Sie im Herbst noch hart treffen wird. Ich habe ihnen große Demonstrationen versprochen.

Nun, Sie können heute selbst beurteilen, ob ich Recht hatte. Ich mache aber hier die zweite Ankündigung.

Wenn Sie dieses Gesetz so durchpeitschen, werden sie im Oktober den ersten richtig dicken Sargnagel für diese Landesregierung einschlagen.